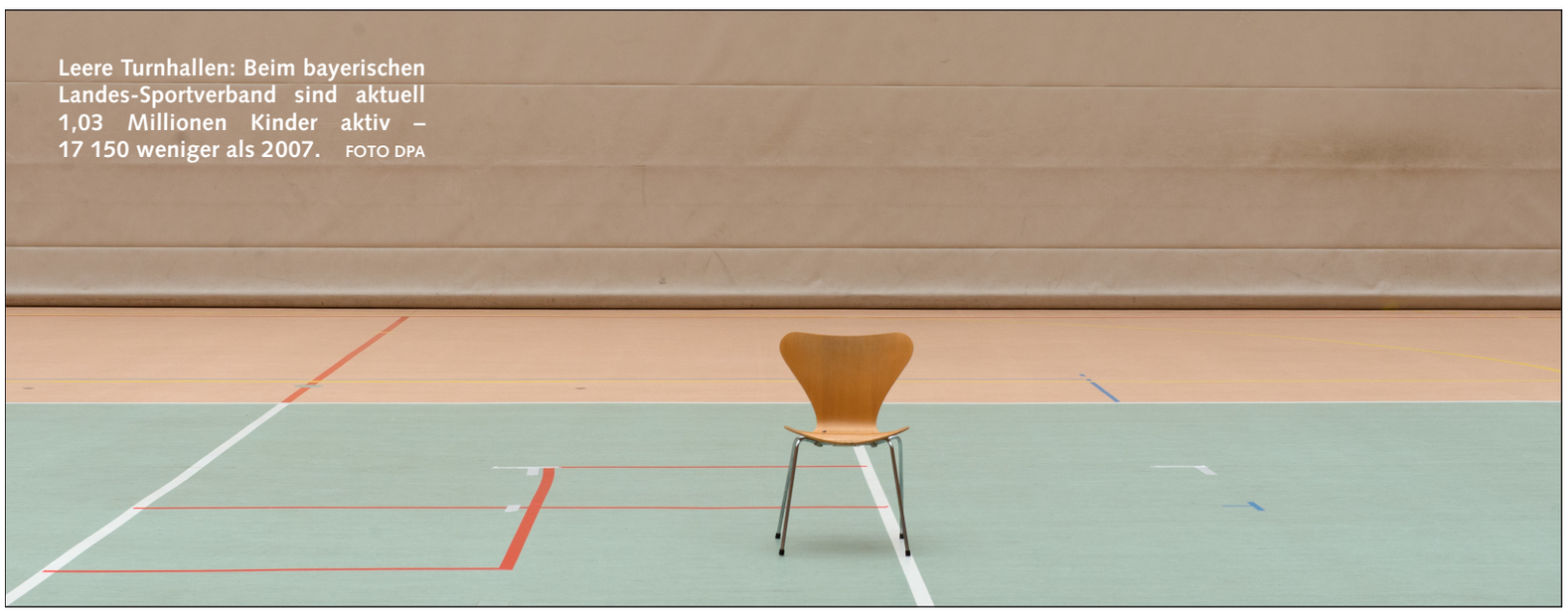

Leere Turnhallen: Beim bayerischen Landes-Sportverband sind aktuell 1,03 Millionen Kinder aktiv – 17 150 weniger als 2007. FOTO DPA

Immer weniger Jugendliche wollen sich an regelmäßige Trainingzeiten binden – wie kann man gegensteuern?

Mitgliederflaute in Vereinen

Seit ihrer Kindheit ging Natalia regelmäßig ins Training. Jetzt hat sie keinen Bock mehr auf ihren Sportverein: „Ich bin 14 und will lieber mehr mit meinen Freundinnen unternehmen anstatt dreimal die Woche ein Spiel, Training oder Turnier zu haben“, erzählt sie. So wie Natalia wollen sich viele Jugendliche nicht mehr an regelmäßige Trainingszeiten oder Versammlungen binden. Das Ergebnis: Etliche Vereine klagen über Nachwuchsmangel – auch in Bayern.

Der Anteil der Jugendlichen im Bayerischen Blasmusikerverband ist seit 2007 um knapp 5000 auf 46 000 gesunken. Die Jugendfeuerwehren in Bayern haben nach Angaben des Landes-Feuerwehrverbands (LFV) im selben Zeitraum mehr als 3000 Mitglieder verloren. „Die Freiwilligen Feuerwehren haben leider im ländlichen Bereich immer mehr Nachwuchssorgen“, erzählt eine LFV-Sprecherin. Sinkende Mitgliederzahlen bedeuten auch sinkende Einnahmen. Gerade kleinere Vereine müssen dann Trainingseinheiten streichen, weil sonst die Raummiete zu teuer wird.

Selbst die traditionell starken Sportverbände verzeichnen Mitgliederverluste. Beim Bayerischen Landes-Sportverband (BLSV) sind aktuell 1,03 Millionen Kinder aktiv – 17 150 weniger als 2007. Bei den Jugendlichen bis 18 Jahren sank die Mitgliederquote im selben Zeitraum um drei Prozent auf 385 931. „Vor allem im Bereich der Kinder und Jugendlichen ist die Herausforderung aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen groß“, sagt ein BLSV-Sprecher.

Als Gründe für den Mitgliederschwund nennen Verbände die langen Schulzeiten und vielen Hausaufgaben. Allerdings seien diese Gründe auch schon vor 20 Jahren genannt worden, räumt Blasmusikverbands-Chef Andreas Horber ein. Wichtiger ist: „Viele Jugendliche erleben Vereine oft in einer fast kleingeistigen Art, da viele ältere Mitglieder noch nicht gesehen haben, dass sich die Welt verändert hat“, sagt der Münchner Sozialpsychologe Dieter Frey. Nicht zuletzt aufgrund der patriarchalischen Führung prallten unterschiedliche Wertvorstellungen aufeinander.

Die Verbände konzentrieren sich jetzt verstärkt auf die Nachwuchsarbeit. So fördert der BLSV zum Beispiel mit dem Projekt „BAERchen“ die Zusammenarbeit mit Kindergärten. Bei einem anderen Projekt werden Kindertagesstätten ausgezeichnet, die sich für Bewegungsförderung einsetzen. Außerdem versuchen Vereine, verstärkt in das schulische Ganztagsangebot integriert zu werden. Die innere Erneuerung bleibt oft aus.

Zuwachs bei Asylhelfern

Neben der Mitgliedschaft ist auch das freiwillige Engagement in Sportvereinen von Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren zurückgegangen, beispielsweise als Trainer. Laut Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) sank die Quote von 14,8 Prozent im Jahr 1999 auf 12,2 Prozent im Jahr 2009. Aktuellere Zahlen werden erst 2020 wieder erhoben. Besonders groß war der Rückgang bei Studierenden und jungen Frauen. Eine wesentliche Rolle spielt auch das Bildungsniveau – je niedriger der (angestrebte) Abschluss, desto geringer das Engagement. „Teilhabechancen sind offenbar auch im Sport immer ungleicher zuungunsten bildungsferner Milieus verteilt“, heißt es in der BISp-Studie.

Besser sieht es hingegen beim freiwilligen Engagement von Jugendlichen außerhalb des Sportbereichs aus. Während laut des jüngsten Deutschen Freiwilligensurvey 1999 nur 19,6 Prozent der 14- bis 17-Jährigen in einem Verein oder Verband engagiert waren, waren es 2014 bereits 25,4 Prozent. „Aus der Engagementlandschaft, beispielsweise von Vereinen oder Verbänden, wird aber über Schwierigkeiten berichtet, freiwillig Engagierte und vor allem junge Menschen für eine freiwillige Tätigkeit zu gewinnen“, sagt eine Sprecherin des Bundesjugendministeriums.

Experten führen diesen Widerspruch darauf zurück, dass zum einen die Zahl der Vereine schneller gestiegen ist als die der Engagierten. Tatsächlich hat sich die Zahl der Vereine in Bayern seit 1990 fast verdoppelt. Zum anderen hat das Engagement in individuell organisierten Gruppen stark zugenommen, beispielsweise in Asylhelferkreisen. Jugendverbände fordern daher schon länger, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. „Stundenpläne müssen so gestaltet sein, dass Schüler in der Regel ab 16 Uhr alle schulischen Verpflichtungen erledigt haben“, verlangt der Bayerische Jugendring (BJR). Studierende sollten in den vorlesungsfreien Zeiten keine Prüfungen schreiben müssen, damit sie als Betreuer auf Ferienfreizeiten fahren können, lautet eine Forderung aus Berlin. Und Hochschulen sollten ehrenamtliche Arbeit durch Wartesemester oder eine Verlängerung der Regelstudienzeit honorieren. Nicht zuletzt sollten Angestellte für ihre ehrenamtliche Tätigkeit häufiger vom Arbeitgeber freigestellt werden.

Doch auch die Verbände müssen umdenken. Der BJR rät, Engagement nicht wie bisher nach mehr als zehn Jahren mit einem Ehrenzeichen zu würdigen. Eine alternative Form der Wertschätzung könnten zum Beispiel Jugendleiter-Treffen mit Kinobesuch und anschließendem Büfett sein, schlägt BJR-Referent Martin Holzner vor. „Um geeignete Formen zu finden, sollten Jugendorganisationen gemeinsam mit ihren Ehrenamtlichen attraktive Ideen finden und umsetzen.“

Ideen kommen auch aus der Politik. So fordern die Freien Wähler schon seit Jahren, bürokratische Hürden abzubauen, um Jugendlichen die Vereinsgründung zu vereinfachen. Außerdem sollte das Projekt „Service Learning“ endlich flächendeckend an bayerischen Schulen etabliert werden. Dabei übernehmen Schüler im Rahmen des Lehrplans Verantwortung für die Gesellschaft, beispielsweise durch Handykurse für Senioren. „So kann die Jugend besser an bürgerschaftliches Engagement herangeführt werden“, ist der FW-Landtagsabgeordnete Hans Jürgen Fahn überzeugt.

Natalias Eltern sind zwar enttäuscht, dass ihre Tochter keinen Sport mehr machen will. Doch sie versuchen, es positiv zu sehen. Eine Langzeitstudie der Universität Potsdam ergab: Jugendliche, die nicht im Sportverein sind, trinken weniger Alkohol als ihre Altersgenossen. **> DAVID LOHMANN**

ZEHN FRAGEN AN ...

Hildegund Rüger, Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates

Seit 2005 steht die 67-Jährige an der Spitze des Bayerischen Landesfrauenrats – ein Zusammenschluss von 49 Frauenverbänden und Frauengruppen, der etwa vier Millionen Frauen in Bayern vertritt. Die ehemalige Lehrerin leitet seit 2011 den Bereich Schulen der Regierung von Mittelfranken.

1 *Welche kleinen Dinge des Alltags können Sie glücklich machen?*
Wenn morgens die Sonne scheint, der doppelte Espresso schmeckt und der Tag neugierig macht.

2 *Wie motivieren Sie sich, wenn mal alles schiefläuft?*
Alles läuft selten schief! Nach den Ursachen fragen. Orts- und Tätigkeitswechsel helfen, nicht als Flucht, sondern als neue Perspektive.

3 *Welche menschliche Eigenschaft fordert Ihnen am meisten Respekt ab?*
Kreativität, Humor, Mut, Entschlossenheit und konsequentes Handeln.

4 *Gibt es für Sie noch einen großen unerfüllten Lebenswunsch?*
Keine Bevorzugung, aber erst recht keine Benachteiligung für Frauen. Damit einher geht der dringende Wunsch, dass Männer nicht nur bei Studien bekunden, wie hoch sie ihre Familie schätzen und wie gerne sie Zeit mit ihren Kindern verbringen, dann aber ihren Beruf bevorzugen, um Karriereknicks zu vermeiden.

5 *Wie entspannen Sie sich nach einem langen Arbeitstag?*
Ich strapaziere mein Laufband, gehe mit einer guten Freundin oder einem interessanten Freund zum Essen oder die edelste Variante: drei Saunagänge mit erquickenden Erholungsphasen.

6 *Ihre Lieblingslektüre?*
Biographien von Persönlichkeiten, die mir Botschaften vermitteln, die mir Möglichkeiten der Identifikation bieten, deren Lebensläufe meine Fantasie beflügeln.

7 *Welchen Luxus gönnen Sie sich hin und wieder?*
Exotische Reisen und ab und an ein ausgefallenes Kleidungsstück.

8 *Wie stellen Sie sich einen perfekten Urlaub vor?*
Urlaub heißt in jedem Fall: anders als der Alltag! Möglichst viel Neues und Interessantes sehen und erleben.

9 *Was würden Sie einem jungen Menschen gern mit auf den Weg geben?*
Gib niemals auf! Wenn eine Türe zufällt, öffnet sich eine neue. Man muss diese aktiv suchen und die neuen Chancen aufgreifen.

10 *Welche Persönlichkeit aus Ihrem Umfeld hat Sie am meisten beeindruckt?*
Alle Menschen, die unter 3 benannten Eigenschaften leben.

Gratis-ÖPNV für Staatsdiener? Leser der BSZ dagegen

Bus und Bahn: Sollen Staatsdiener kostenlos fahren können? Der Beamtenbund hält das für gerechtfertigt, der Bund der Steuerzahler nicht. Und auch die Mehrheit der *Staatszeitungs*-Leser ist dagegen. In unserer Online-Umfrage stimmten knapp 56 Prozent der User gegen die Gratis-Tickets, 44 Prozent waren dafür.

Stimmen Sie diese Woche über die Frage ab, ob obligatorische Alterstests für jugendliche Flüchtlinge sinnvoll sind: auf *www.bayerische-staatszeitung.de*! **> BSZ**

Ex-CSU-Chef Huber warnt seine Partei vor Rechtskurs

Der ehemalige CSU-Chef Erwin Huber hat seine Partei vor einem Rechtskurs und einem Verlust der eigenen Stammwählerschaft gewarnt. „Die Mehrheit der Bevölkerung in Bayern ist nicht rechts“, so Huber und betont: „Ich würde mir wünschen, dass die CSU härter, klarer und deutlicher eine Abgrenzung zur AfD vornimmt. Die CSU ist keine AfD light, sondern die AfD ist unser Gegner.“ Zudem warnte Huber davor, für geschlossene Grenzen zu plädieren, „sonst sägen wir uns den Ast ab, auf dem unsere Arbeitsplätze sind“. **> DPA**

DIE FRAGE DER WOCHE *Sind obligatorische Alterstests für jugendliche Flüchtlinge sinnvoll?*

Von Joachim Herrmann (CSU), bayerischer Innenminister

JA

Wir wollen wissen, wer in unser Land kommt. Das ist ein absoluter Kernpunkt der bayerischen Asyl- und Ausländerpolitik. Zur Klärung der Identität gehört für mich auch, schon bei der Einreise durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und die Bundespolizei zweifelsfrei festzustellen, ob ein unbegleiteter Flüchtling tatsächlich minderjährig ist oder dies nur behauptet. Die Praxis zeigt klar: Es bestehen häufig Zweifel an der Minderjährigkeit. Es kann aber niemand erwarten, dass wir eine Person ins Blaue hinein als minderjährig behandeln und entsprechende Vorteile und Leistungen gewähren, wenn völlig unklar ist, ob derjenige nicht schon längst erwachsen ist.

Es spricht sich mittlerweile auch dank Schleppern und Schleusern herum, dass man als unbegleiteter Minderjähriger erhebliche Vorteile in Deutschland genießt.

Mit der Einstufung als Minderjähriger sind enorme Jugendhilfekosten verbunden. Auch eine Abschiebung wird bei vollziehbar Ausreisepflichtigen bis zur Volljährigkeit meist sehr schwierig sein. Aus meiner Sicht ist es daher das legitime Recht eines Staates, ein behauptetes Alter nicht einfach hinzunehmen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen alle Möglichkeiten zur Altersfeststellung konsequent nutzen.

Befragungen oder Beurteilungen anhand des äußeren Erscheinungsbilds allein sind ganz offensichtlich nicht ausreichend, wie sich aktuell in dem Mordfall an einer Studentin in Freiburg abzeichnet und auch bei dem Täter von Kandel möglicherweise herausstellt. Daher sollte zwingend immer auch medizinische Diagnostik wie das Röntgen des Handwurzelknochens eingesetzt werden. Dadurch entsteht eine umfassende, objektive Grundlage für die Altersfeststellung, die neben die Altersschätzung etwa auf Grundlage des äußeren Erscheinungsbilds und des Verhaltens tritt. Österreich hat eine solche Untersuchungsmethodik ausdrücklich geregelt. Einen unverhältnismäßigen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit sehe ich darin schon aufgrund der Einmaligkeit und Geringfügigkeit der Untersuchung nicht.

Von Brigitte Dietz, 2. Vorsitzende des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte Bayern

NEIN

Obligatorische Alterstests sind nicht sinnvoll. Es gibt mehrere Gründe, diese nicht generell und obligatorisch einzuführen. Es geht hier um Jugendliche, die nach Deutschland kommen und hier Schutz suchen. Nur eine gewisse Anzahl von Flüchtlingen, die ohne gültige Papiere kommen, gibt sich als minderjährig aus und ist es nicht, beziehungsweise wird von den Eltern, so sie dabei sind, mit einem falschen Geburtsdatum gemeldet und dementsprechend registriert. Von dieser Zahl kann bei ungefähr 80 Prozent durch die sogenannte qualifizierende Inaugenscheinnahme, die von Sozialpädagogen des Jugendamtes und Psychologen durchgeführt werden sollte, das Alter gut eingeschätzt werden.

Bei einem kleinen Rest kann dann eine Altersbestimmung gemacht werden.

Der Ausdruck „Alterstest“ oder „Altersbestimmung“, mit dem vor allem Röntgenaufnahmen der linken Hand, der Weisheitszähne sowie eine Computertomographie der Schlüsselbeingelenke gemeint sind, suggeriert fälschlicherweise, dass damit das Alter exakt bestimmt werden kann.

Dies entspricht nicht der Realität. Die Röntgenaufnahme der Hand zeigt eine Schwankungsbreite von plus/minus 2 bis 3 Jahren, so dass ein Mensch mit einem damit bestimmten Knochenalter von zum Beispiel 17 Jahren eventuell auch 15 oder 19 Jahre alt sein kann. Die Strahlenbelastung ist bei dieser Röntgenuntersuchung gering, allerdings gibt es klare Regeln, die besagen, dass es keine Röntgenuntersuchung ohne rechtfertigende medizinische Indikation geben darf (siehe Röntgenverordnung § 23,1). Darüber besteht Einigkeit bei allen Ärzteverbänden.

Zusätzlich wäre es durchaus aufwendig und kostenintensiv, alle minderjährigen Asylsuchenden dieser Untersuchung auszusetzen.

Dies ist allerdings nur ein Nebenaspekt. Bereits der 113. Deutsche Ärztetag 2010 in Dresden hat ein klares Statement gegen eine Beteiligung von Ärztinnen und Ärzten zur Feststellung des Alters abgegeben.

IHRE MEINUNG?

Stimmen Sie ab unter www.bsz.de/#vote

IMPRESSUM

BAYERISCHE STAATSZEITUNG UND BAYERISCHER STAATSANZEIGER
mit der regelmäßigen Beilage „UNSER BAYERN“
Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, München

BAYERISCHE STAATSZEITUNG:
Redaktion:
Arnulfstr. 122, 80636 München,
Tel.: 089/290142-0, Fax: 089/290142-99.
www.bayerische-staatszeitung.de
redaktion@bsz.de

Chefredakteur: Ralph Schweinfurth (verantwortlich für den Inhalt, Wirtschaft).
Redaktion: Waltraud Taschner-Kupka (Chefin vom Dienst, Politik), Karin Dütsch (Kultur, Beilage „Unser Bayern“), Dr. Friedrich H. Hettler (Bau und Architektur), Angelika Kahl (Politik, Leben in Bayern), André Paul (Kommunales, Wissenschaft)

Mit eigener Verantwortlichkeit gekennzeichnete Seiten stellen die Meinung der jeweiligen Organisation dar, die nicht immer der Auffassung der Redaktion entspricht.

Anzeigen- und Vertriebsleiterin:
Marion Birkenmaier (verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen der Bayerischen Staatszeitung). Tel.: 089/290142-65,
Fax: 089/290142-70.
anzeigen@bsz.de

BAYERISCHER STAATSANZEIGER:
Arnulfstr. 122, 80636 München,
Tel.: 089/290142- 60/62/66/67
Fax: 089/290142-73/74.
anzeigen@bsz.de
Verantwortlich: Jan Peter Gühlk.

Vertrieb und Abonnement-Verwaltung Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger:
Arnulfstr. 122, 80636 München
Tel.: 089/290142-59 und -69,
Fax: 089/290142-90.
vertrieb@bsz.de

Verlag: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Arnulfstr. 122, 80636 München,
Tel.: 089/290142-50.
verlagsleitung@bsz.de

Geschäftsführung: Jan Peter Gühlk

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger” erscheint wöchentlich einmal (freitags). Der Abonnementpreis beträgt jährlich 102 Euro einschließlich MwSt. Aufträge für den Bayerischen Staatsanzeiger sind ausschließlich an den Verlag zu richten. Für den Bayerischen Staatsanzeiger gelten im Übrigen die „Zusätzlichen Geschäftsbedingungen“, die beim Verlag Bayerische Staatszeitung bezogen werden können. Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 1. Januar 2018. Druck: Druckhaus Dessauerstraße GmbH & Co. Betriebs KG, Dessauerstraße 10, 80992 München.

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger” wird herausgegeben von einer Verlagsgemeinschaft zwischen dem Münchener Zeitungs-Verlag und dem Süddeutschen Verlag auf Grund eines Vertrages mit dem Freistaat Bayern. Die Bayerische Staatszeitung soll das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in Bayern widerspiegeln und die auf Bayern einwirkenden Kräfte würdigen. Verlautbarungen der Bayerischen Staatsregierung werden in der Bayerischen Staatszeitung ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Beiträge des Ministerpräsidenten, der weiteren Mitglieder der Staatsregierung, anderer führender Politiker sowie der leitenden Beamten in Staatsbehörden, Kommunen und Körperschaften des öffentlichen Rechts erscheinen unter voller Angabe des Namens. Alle übrigen Veröffentlichungen werden von der Redaktion vertreten. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts Anderes ergibt. Insbesondere ist eine Einspeicherung und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer Form vertriebenen Zeitung in Datensystemen ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.